



GENERALDIREKTION INTERNE POLITIKBEREICHE DER UNION  
EUROPÄISCHES PARLAMENT

**Fachabteilung C**  
**Bürgerrechte und Verfassungsfragen**

# **DAS PROJEKT NORD STREAM-GASPIPELINE UND SEINE STRATEGISCHEN IMPLIKATIONEN**

**BÜRGERLICHE FREIHEITEN, JUSTIZ UND INNERES**

DEZEMBER 2007 PE 393.274



**Europäisches Parlament**

**Generaldirektion Interne Politikbereiche  
Fachabteilung C  
Bürgerrechte und Verfassungsfragen**

## **DAS PROJEKT NORD STREAM-GASPIPELINE UND SEINE STRATEGISCHEN IMPLIKATIONEN**

### **THEMENPAPIER**

Zusammenfassung:

Das Projekt Nord Stream-Gaspipeline (NSGP) wirft ein Schlaglicht auf die derzeitigen Spannungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland und macht das Problem deutlich, dass bilaterale Vereinbarungen ein geschlossenes Auftreten der EU gegenüber Russland unterminieren. Polen und die baltischen Staaten haben Deutschland für die Unterzeichnung dieser Vereinbarung mit Russland vehement kritisiert – sie sei enorm teuer, schade der Solidarität in der EU und könne Folgen im Sicherheitsbereich haben. Kritisiert wurde auch, dass Altbundeskanzler Gerhard Schröder zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Nord Stream AG ernannt wurde. Die nordischen Staaten haben speziell auf die Umweltaspekte hingewiesen. Die Europäische Union hat die Vereinbarung als Bestandteil der transeuropäischen Netzwerke (TEN) und als Teil der Bemühungen der EU zur Diversifizierung ihrer Energiebezugsquellen unterstützt. Von Russland wurde die Vereinbarung gefördert, weil sie die Grundlage für die langfristige Sicherstellung von Gaslieferungen an Europa bildet. Der Mehrbedarf an Gasimporten, den die EU25 im Jahr 2015 haben wird, soll zu 25 % durch die NSGP gedeckt werden.

Es besteht eine Vielzahl weiterer die NSGP betreffender Bedenken politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Natur. Die NSGP ist in vielerlei Hinsicht ein Spiegelbild der Beziehungen EU-Russland, das die vielen unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der EU verdeutlicht. In einem weiter gespannten Zusammenhang stellt sich die Frage, ob sich die EU auf a) eine interne Energiepolitik, b) eine externe Energiesicherheitspolitik und c) ein geschlossenes Auftreten gegenüber Russland einigen kann.

**PE 393.274**

Dieses Themenpapier wurde vom Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben.

Es erscheint in folgenden Sprachen:

- Original: EN;

Verfasser: **Fraser Cameron, Sachverständiger, Belgien**

Redaktionsschluss: Dezember 2007

Exemplare sind erhältlich bei:

Frau Claire Genta

Tel.: +32 2 2832628

Fax: +32 2 2832365

E-Mail: [claire.genta@europarl.europa.eu](mailto:claire.genta@europarl.europa.eu)

Informationen über die Veröffentlichungen der  
GD Interne Politikbereiche:

<http://www.ipolnet.ep.parl.union.eu/ipolnet/cms>

Brüssel, Europäisches Parlament

Die in diesem Dokument enthaltenen Auffassungen entsprechen denen des Verfassers und widerspiegeln nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

## **Einführung**

Wenige wichtige Infrastrukturvorhaben haben so kontroverse Reaktionen ausgelöst wie die Nord Stream Gaspipeline (NSGP) in der Ostsee. In den 1990er Jahren wurden bei einer russisch-finnischen Durchführbarkeitsstudie zu einer Ostseepipeline mehrere mögliche Routen in Betracht gezogen. Die Studie kam zu dem Schluss, dass die jetzt vorgesehene Route am besten geeignet sei, Gas von den weltweit größten Vorkommen nach Westeuropa zu befördern. 2004 sicherte sich Russland die Unterstützung Deutschlands für die vorgeschlagene Pipeline, und im September 2005 wurde im Beisein vom Präsident Wladimir Putin und Kanzler Gerhard Schröder ein Abkommen zwischen den Partnern unterzeichnet. 2000 wurde Nord Stream in die TEN-Leitlinien aufgenommen (Bestätigung 2006) und ist insofern ein Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik.

Das Unternehmen Nord Stream AG, das in der Schweiz eingetragen ist und dort auch ihren Sitz hat, wurde gegründet, um das Projekt zu verwirklichen, in Zusammenarbeit mit dem russischen Staatsbetrieb Gazprom, der eine Mehrheitsbeteiligung an dem Unternehmen von 51 % hält, während deutsche Energieversorger (Wintershall und E.ON Ruhrgas) und ein niederländisches Unternehmen (N.V. Nederlandse Gasunie) Minderheitsbeteiligungen halten. Dass Schröder kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Amt Aufsichtsratsvorsitzender von Nord Stream wurde, führte zu heftigen Kontroversen.

## **Das NSGP-Projekt**

Es geht um die Errichtung von zwei parallelen Leitungen auf dem Meeresboden, die in der Nähe der russischen Stadt Vyborg beginnen und in der Nähe von Greifswald enden. Es ist vorgesehen, etwa 70 km vor der schwedischen Insel Gotland eine Wartungsplattform von 30 m x 30 m zu errichten. Die Nord Stream-Pipeline wird durch die ausschließlichen Wirtschaftszonen Russlands, Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands sowie durch die Territorialgewässer Russlands, Dänemarks und Deutschlands führen. Sie wird eine unterseeische Länge von 1198 km und eine Kapazität von bis zu 55 Milliarden m<sup>3</sup> pro Jahr erreichen. Sie wird Gas vom Erdöl- und Erdgasvorkommen Yuzhno-Russkoye, von der Yamal-Halbinsel, der Ob-Taz-Bucht und den Gasfeldern von Shtokmanovskoye transportieren. Die Kosten belaufen sich, so die Schätzungen, auf mindestens fünf Milliarden Euro.

Gegenwärtig stehen für das Projekt noch die Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Genehmigungen der beteiligten Länder aus. Die erste Leitung soll von 2008 bis 2010 verlegt werden, und die Gaslieferungen sollen 2010 aufgenommen werden. Diese Leitung wird eine Transportkapazität von rund 27,5 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas pro Jahr haben. Die zweite Leitung soll zwischen 2011 und 2012 verlegt werden, und die Lieferungen sollen 2012 beginnen. Die Transportkapazität soll etwa die gleiche sein. Im Dezember 2005 hat Gazprom mit dem Bau der 917 km langen Onshore-Verbindung Gryazovetz-Vyborg in Babayevo, 351 km östlich von St. Petersburg, begonnen. Diese Verbindung sorgt für den Anschluss der vorhandenen Gasleitungen von Sibirien zur Region St. Petersburg und zur Nord Stream. Zwei Onshore-Verbindungen, die von Greifswald in den Süden und Westen Deutschlands führen und insgesamt 850 km lang sind, werden von WINGAS und E.ON Ruhrgas gebaut. Das Konzept sieht Leitungen mit einem Außendurchmesser von 1220 mm und einen Auslegungsdruck von bis zu 220 bar vor, ohne Verdichtung auf halber Strecke, jedoch mit einer Wartungsplattform für Zwecke der Instandhaltung und Sicherheit.

Die Pipeline unterliegt der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach Maßgabe der internationalen (Espoo-Übereinkommen) und nationalen Rechtsvorschriften der beteiligten Länder. Lediglich die Staaten, deren ausschließliche Wirtschaftszone oder Territorialgewässer von der Pipeline durchquert werden, können ein Veto gegen das Projekt einlegen. Andere Nachbarstaaten wie Polen und die baltischen Staaten sind zwar berechtigt, den Bericht anzuhören, haben aber kein Vetorecht. Als „beteiligte Parteien“ sind sie jedoch in die regelmäßigen Konsultationen im Rahmen des Espoo-Übereinkommens einbezogen. In diesem Rahmen werden sie vom Projektentwickler laufend informiert und haben die Möglichkeit, etwaige Bedenken zum Ausdruck zu bringen und Erklärungen zum Projekt abzugeben.

Die Pipeline wird die so genannten ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) Finnlands, Schwedens und Dänemarks durchqueren. Nach internationalem Recht unterliegt eine AWZ einer besonderen Rechtsordnung. Dies bedeutet jedoch nicht, dass ein Küstenstaat einfach so, etwa aus politischen Gründen, Veto gegen die NSGP einlegen kann. Alle Staaten genießen die Freiheit, in der AWZ anderer Staaten unterseeische Kabel und Rohrleitungen zu verlegen und die mit dem Betrieb dieser Infrastruktureinrichtungen verbundenen Anlagen zu errichten, wobei jedoch Folgendes gilt: „Die Staaten berücksichtigen bei der Ausübung ihrer Rechte und der Erfüllung ihrer Pflichten aus diesem Übereinkommen in der ausschließlichen Wirtschaftszone gebührend die Rechte und Pflichten des Küstenstaats und halten die von ihm in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen und den sonstigen Regeln des Völkerrechts erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften ein“. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass sich Nord Stream 2007 an Estland gewandt hat, um die Genehmigung zu Untersuchungen für eine mögliche Routenanpassung in der AWZ Estlands zu beantragen. Der Antrag wurde nach einer lebhaften öffentlichen Politikdebatte von der estnischen Regierung abgelehnt.

## **Die Argumente**

Die Befürworter der NSGP argumentieren, dass es sich um ein wichtiges Infrastrukturvorhaben Russlands und der EU handle, das mehr Sicherheit bei der Energieversorgung von Deutschland im Besonderen und der EU im Allgemeinen bringe, indem Kapazitäten und eine weitere Transitroute hinzukämen. Die vielen Tausend Kilometer unterseeischer Gasleitungen, die es in der Welt jetzt schon gebe, seien ein Beweis dafür, dass Offshore-Lösungen eine international akzeptierte Alternative zu Gaspipelines auf dem Land seien. Die NSGP würde ferner die sehr reale Gefahr von Tankerkollisionen in der stark befahrenen Ostsee verringern. Für den Schiffstransport derselben Energiemenge über die Ostsee würde jährlich 500 bis 600 Flüssig-Erdgas-Tanker oder 160-170 Öltanker benötigt.

Für andere dagegen signalisiert die NSGP eine Verringerung der Energiesicherheit, da die Energieabhängigkeit der EU von Russland zunehme. Einige befürchten, dass Russland die Pipeline verwenden könnte, um andere Transitländer wie Polen und die Ukraine in der Zukunft zu erpressen. Einige sehen darin für Russland ein Instrument, um die EU-Mitgliedstaaten gegeneinander auszuspielen, und einen besonderen Ausdruck der wachsenden Bilateralität in Deutschlands Beziehungen zu Russland.

## **Standpunkt der EU**

Die Europäische Union hat das Projekt im Jahr 2000 zu einem Bestandteil der Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze (TEN-E) erklärt. Dieser Status wurde bei der Überprüfung der Leitlinien Mitte 2006 noch einmal bestätigt.<sup>1</sup> Energiekommissar Andris Piebalgs hat sich für die NSGP ausgesprochen: „Ich sehe diese Pipeline als sehr positiv für die Versorgungssicherheit von Europa. Je mehr Möglichkeiten des Transports von Gas wir haben, desto besser. Je mehr Leitungen wir haben, desto sicherer ist die Versorgung. Die Frage ist nur, dass beim Bau alle relevanten Umweltfaktoren eingehalten werden, aber auch das sehe ich positiv.“<sup>2</sup>

## Polen

Polen hat sich allem beklagt, dass es von Deutschland vor der Entscheidung nicht konsultiert worden sei. Falls eine neue Gaspipeline vonnöten wäre, würde Polen eine Onshore-Pipeline bevorzugt haben, die durch sein Hoheitsgebiet führt, was Polen für wirtschaftlich logischer halten würde. Dieser kritischen Haltung liegt zugrunde, dass die vorhandenen Gasleitungen nach Westeuropa durch die Ukraine oder Belarus und Polen führen. Die durch das traditionelle Misstrauen gegenüber Russland und Deutschland genährte aktuelle Bedrohungsanalyse Polens lautet, dass Russland durch die NSGP die Möglichkeit erhält, in politischen Krisensituationen Polen den Gashahn zuzudrehen, da die Leitung an Polen vorbeiführt (und Polen so „isoliert“ wird) und Deutschland weiter mit Gas beliefert werden kann.

Im April 2006 erklärte Radek Sikorski, damals noch Verteidigungsminister, inzwischen Außenminister: „Polen ist besonders empfindlich gegenüber Korridoren und Vereinbarungen über seinen Kopf hinweg. Das ist die Tradition von Locarno. Das ist die Molotow-Ribbentrop-Tradition. Das war das 20. Jahrhundert. Wir wollen keine Wiederholung davon.“<sup>3</sup> Der Kreml reagierte, indem er Polens Verhalten „hysterisch“ nannte, während die deutsche Regierung von einem „absurden Vergleich“ sprach und die EU-Kommission dieses Verhalten als „nicht hilfreich“ bezeichnete. In einem Schreiben des polnischen Ministers für nationale Verteidigung und von zwei weiteren Persönlichkeiten an die Financial Times, das diese am 29. Mai 2007 veröffentlichte, ist die Nord Stream-Pipeline beschrieben als „unerhörter Versuch von Wladimir Putin, die EU zu spalten und zu schädigen; sie wäre für die EU ein wirtschaftliches und geopolitisches Desaster“.<sup>4</sup> Zum Projekt heißt es, dass es von Gerhard Schröder ohne Konsultation seiner EU-Partner initiiert worden sei, wobei es als wirtschaftlich „absurd“ bezeichnet wird.

In einer Erklärung vom 23. April 2007 hat der polnische Wirtschaftsminister, Piotr Woźniak, klargestellt, dass Nord Stream, da die Route der Pipeline durch die Wirtschaftszone führe, die polnischen Rechtsvorschriften befolgen muss. „Solange Nord Stream nicht alle Vorschriften bezüglich der Verfahren des Espoo-Übereinkommens erfüllt hat und solange unter anderem kein positives Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt, wird der Bau der Gasleitung nicht beginnen“.

---

<sup>1</sup> Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/304&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<sup>2</sup> Ansprache vor dem Ost-West-Wirtschaftsclub e.V. in München, gehalten am 13.10.2006.

<sup>3</sup> Das ist das berühmte Zitat, von dem immer wieder behauptet wird, dass es die Wiedergabe der Äußerungen von Sikorski am 30. April 2006 auf einer transatlantischen Tagung in Brüssel ist.

<sup>4</sup> <http://www.ft.com/cms/s/db259cf2-0cb7-11dc-a4dc-000b5df10621.html>

Das Gebiet, um das es geht, ist eine Grauzone mit ungeklärten Seegrenzen zwischen Polen und Dänemark, die der Hoheit beider Länder unterliegt. Der Verlauf der Pipeline ist erst kürzlich geändert worden, so dass diese jetzt nördlich von Bornholm entlangführen soll. Damit hat sich der Abstand zu den Munitionsversenkungsstellen vergrößert, was von den dänischen Behörden begrüßt wurde, außerdem wird das strittige Gebiet zwischen Bornholm und der polnischen Küste gemieden.

### **Deutschland**

Die Entscheidung Deutschlands, das Vorhaben voranzutreiben, beruhte auf der Besorgnis, dass in den Transitländern, z. B. in Belarus, Störungen eintreten können, und dem Wunsch, die Sicherheit der Gasversorgung langfristig zu gewährleisten. Bundeskanzler Schröder zog den Pipeline-Deal mit der Unterstützung aller Parteien durch. Später wurde er heftig kritisiert, weil er kurz nach der Aufgabe seines Amtes den Posten eines Aufsichtsratsvorsitzenden von Nord Stream übernahm. Beim Amtsantritt von Angela Merkel gab es Spekulationen, dass sie den Deal rückgängig machen würde, doch hat sich an der deutschen Position nichts geändert. Die deutsche Regierung behauptet, dass Polen eingeladen worden sei, sich am Projekt zu beteiligen, dies jedoch abgelehnt habe. Nord Stream behauptet ferner, dass Wingas (eine BASF-Tochter) angeboten habe, das polnische Gasversorgungsnetz an die Opal-Pipeline, die Lieferungen von Nord Stream erhalten wird, anzuschließen, dass aber die polnische Seite dieses Angebot ausgeschlagen habe. In Berlin gab es verbreitet Irritationen wegen des Verhaltens und der Rhetorik Polens, obschon auch der eine oder andere meint, dass die Bundesregierung bei der Angelegenheit geschickter hätte sein können. Der Besuch des neuen Ministerpräsidenten Donald Tusk Mitte Dezember in Berlin hat offenbar die Position der polnischen Seite etwas auftauen lassen.

### **Finnland**

Die finnische Präsidentin und der finnische Ministerpräsident haben ausdrücklich erklärt, dass sie das Projekt politisch unterstützen. In einem Interview mit der Deutschen Welle am 4. Mai 2007 sagte Präsidentin Tarja Halonen, dass Finnland keine politischen Probleme mit der Pipeline habe, sondern allenfalls umweltpolitische, wobei sie glaube, dass man diese in den Griff bekommen werde. Matti Vanhanen erklärte dazu: „Erstens brauchen wir eine neue Erdgaspipeline zwischen Russland und Mitteleuropa. (...) Außerdem fördert sie unsere strategische Partnerschaft mit Russland – das ist das wichtigste Argument. (...) Ich wüsste nicht, was es für Sicherheitsbedenken geben könnte.“<sup>5</sup>

### **Schweden**

Schwedens Umweltschutzagentur hat das Konsortium aufgefordert, weitere mögliche Trassenverläufe zu prüfen. Die schwedischen Umweltgruppen haben insbesondere Bedenken, dass die Pipeline zu dicht am Meeresreservat nahe Gotland, einer kleinen Insel in der mittleren Ostsee, vorbeiführt. Sie befürchten, dass durch die Bauarbeiten Giftstoffe, die seit langer Zeit auf dem Meeresgrund liegen, aufgewirbelt werden und die Flora und Fauna in den Gewässern rings um die schwedische Insel schädigen. Ferner befürchten die einheimischen Fischer, dass die Pipeline ihren Netzen in die Quere kommen könnte, wobei aber auch sie nicht mehr so unnachgiebig auf ihrer Position beharren, seit letztem in Malmö ein Seminar mit den Fischern abgehalten

---

<sup>5</sup> Interview mit der estnischen Tageszeitung „Eesti Päevaleht“ während eines offiziellen Besuchs in Estland, veröffentlicht am 14. September 2007.



wurde. Am meisten Sorgen machen Tonnen von Chemiewaffen auf dem Meeresboden, die aus dem Zweiten Weltkrieg übrig geblieben sind. Neben Umweltproblemen fürchten einige schwedische Politiker, dass die Pipeline zur Spionage verwendet werden könnte (siehe weiter unten). In Reaktion auf diese Bedenken hat Nord Stream den schwedischen Behörden unbeschränkten Zugang zu allen Anlagen angeboten.

### **Dänemark**

Dänemark hat Bedenken wegen möglicher Auswirkungen des Projekts auf die Insel Bornholm angemeldet, aber inzwischen ist ein neuer Routenverlauf der Pipeline nördlich der Insel vorgesehen, was den Forderungen Kopenhagens entspricht.

### **Estland**

Estland war aus politischen und ökologischen Gründen gegen das Projekt. Man kann allerdings einwerfen, dass es widersprüchlich ist, wenn erst die umweltfreundlichste Route gefordert wird und dann die notwendige Genehmigung für die Durchführung der Voruntersuchungen verweigert wird. 2007 hat Nord Stream mit Estland einen umfassenden Dialog auf allen Ebenen aufgenommen, einschließlich von vier Treffen auf Ministerebene und zahlreichen Konsultationen auf der Arbeitsebene – mit Politikern, Medien, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Estland erwägt die Annahme eines Gesetzes, um seine Territorialgewässer im Finnischen Meerbusen von 3 Seemeilen auf 12 Seemeilen auszudehnen.

### **Lettland**

Lettland war mit öffentlichen Statements zur NSGP bisher sehr zurückhaltend. Gegenwärtig denkt das Land über verschiedene Optionen für die Zukunft seiner Energieversorgung nach.

### **Litauen**

Auch Litauen hat sich öffentlich kaum dazu geäußert, bis auf Bedenken wegen möglicher Umweltgefahren.

### **Ökologische Aspekte**

Die wichtigsten Besorgnis erregenden Themenbereiche sind die Lebensräume der Vögel, die Fischbestände und die Tatsache, dass der Meeresboden bereits stark kontaminiert ist. Durch die geplanten Bauarbeiten könnten die vorhandenen schädlichen Sedimente aufgewirbelt werden, sich in der Umwelt verbreiten und das Wasser so noch stärker verschmutzen. Im Allgemeinen liegen die Umweltrisiken anscheinend eher in der Bauphase als in der Betriebsphase.

Ein besonderes Thema ist in diesem Zusammenhang das Vorhandensein von chemischer und konventioneller Munition auf dem Meeresboden, die dort nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg versenkt wurde. In ihrem Bericht von 1994 stellt die HELCOM fest, dass etwa 40 000 Tonnen chemischer Munition auf dem Meeresgrund liegen. Ferner seien „die mit der Bergung von chemischer Munition verbundenen Risiken hoch“. Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe empfehle daher, die chemische Munition im Gebiet des Helsinki-Übereinkommens nicht zu bergen.

Laut Nord Stream wurde die Route der NSGP so geplant, dass sie die bekannten Versenkungsgebiete nicht kreuzt, wobei 2007 detailliertere Untersuchungen durch das Unternehmen durchgeführt werden sollen.

## Strategische und sicherheitspolitische Aspekte

Die sicherheitspolitischen Bedenken Polens und der baltischen Staaten lassen sich auf zwei Aspekte reduzieren. Zunächst wird befürchtet, dass die NSGP Russland ermutigen könnte, andere Staaten zu erpressen. Was würde passieren, wenn Russland bei den auf dem Land verlaufenden Transitleitungen den Gashahn zudreht? Auch als Reaktion auf diese Befürchtung hat Deutschland eine EU-Energie-Solidaritätsklausel vorgeschlagen. Die Befürworter des Projekts argumentieren ferner, dass Russland seit 40 Jahren ein zuverlässiger Gaslieferant für Europa ist und es auch während des Kalten Krieges immer war. Wieso sollte es da jetzt seine Lieferungen einstellen? Auch sei Russland von seinen Exporten nach Europa genauso abhängig wie umgekehrt. Damit verbunden ist die Befürchtung, dass Polen und die Ukraine wegen der NSGP Durchleitungsgebühren entgehen. An beiden Bedenken wird deutlich, wie wichtig es ist, dass man sich in der EU auf eine gemeinsame Energiepolitik einigt, die die Versorgungssicherheit aller Mitgliedstaaten gewährleistet.

Der zweite Aspekt, die Dimension „militärische Sicherheit“ der NSGP, wurde zunächst von Russland selbst aufgebracht. Präsident Putin nämlich erklärte im Oktober 2006 in einem Fernsehinterview, dass es der Auftrag der russischen Flotte sei, „unsere Interessen im Ostseeraum zu schützen [...]. Der Schutz der nordeuropäischen Pipeline, die Energieressourcen zu unseren westeuropäischen Kunden bringt, ist eine unserer wichtigsten Prioritäten.“ Da Nord Stream sich lautstark gegen Spekulationen gewehrt hat, die Pipeline oder die Plattform könnte ein plausibles Ziel von Terrorangriffen sein, ist nicht ganz klar, auf welche Art der Bedrohung Russland und/oder das Unternehmen sich vorbereiten.

Jedenfalls hat Putins Erklärung bei den Schweden Befürchtungen geweckt, insbesondere die, dass die russische Marine ihre Patrouillenfahrten nahe der schwedischen Küste, wo die Wartungsplattform aufgestellt werden soll, wieder aufnehmen wird. Die Plattform ist laut Nord Stream erforderlich für „die Wartung und Reparatur der Rohrleitungen einschließlich der Inbetriebnahme und der Abnahme der Test- und Diagnoseausrüstungen, der Kontrolle der Gasparameter und der Anbringung von Absperrvorrichtungen (Ventilen)“.

Eine neue Dimension wurde diesen Bedenken 2006 mit einem von Robert Larsson verfassten Bericht des schwedischen Instituts für Verteidigungsforschung (FOI). Darin wird spekuliert, dass die Plattform und die Pipeline selbst „als Sensor-Plattformen verwendet werden können, dadurch geheimdienstlichen Zwecken dienen und Russland einen Wettbewerbsvorteil bei der geheimdienstlichen Aufklärung in der Ostsee verschaffen könnte.“<sup>6</sup> Objekt dieser Aufklärung und Frühwarnung würden Schweden, die finnische Marine oder die U-Boote und Oberflächenfahrzeuge der NATO in diesem Gebiet sein. Im November 2006 stimmte der damalige schwedische Verteidigungsminister Mikael Odenberg zu: „Die Russen werden in der Lage sein, sie als Plattform für die Sammlung geheimdienstlicher Daten zu verwenden. Das ist ein Problem.“<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Robert Larsson, *Nord Stream, Sweden and the Baltic Sea Security*. Eine aktuelle Version - Stand März 2007 – finden Sie unter <http://www.foi.se/upload/english/reports/foir2251.pdf>, Zitate von S. 8.

<sup>7</sup> Zitate aus *The Copenhagen Post* 17-23 November 2006, S. G16, „The spy who came in with the pipeline“ [„Der Spion, der aus der Pipeline kam“], von Kevin McGwin; siehe auch *Svenska Dagbladet* 14 November 2006, S. 14, „Plattform kan bli spionbas, Sveriges regering befarar att Östersjöledning kan skapa säkerhetspolitiska konflikter“ [Plattform könnte Spionagebasis werden. Schwedische Regierung befürchtet sicherheitspolitische Konflikte durch Ostseepipeline“], auch zu finden unter [http://www.svd.se/dynamiskt/inrikes/did\\_14058690.asp](http://www.svd.se/dynamiskt/inrikes/did_14058690.asp).

In einem Interview des schwedischen Rundfunks im Februar 2007 kommentierte der russische Botschafter in Schweden, Alexander Kadakin, diese schwedische Debatte recht undiplomatisch, indem er sagte: „Mir ist unbegreiflich, welcher Idiot seinem Vorgesetzten so etwas erzählen kann“. Wenn nämlich Russland Schweden ausspionieren wolle, so bedürfte es hierzu keiner Plattform, denn „wir können schon heute über Satelliten in Echtzeit die Nummernschilder aller Autos in Stockholm lesen.“<sup>8</sup>

Der stellvertretende technische Direktor von Nord Stream, Dirk von Ameln, wiederum teilte Anfang Juni 2007 mit, dass einzig und allein die schwedische Küstenwache die Plattform vor möglichen Bedrohungen schützen werde und die anderen schwedischen Behörden „mehr als willkommen“ seien, sie zu inspizieren.<sup>9</sup>

Ein Bericht des finnischen Parlaments gelangte im Juli 2007 zu der Schlussfolgerung, dass „die Zunahme der russischen militärischen Aktivität in der Ostsee nicht auf die Ostseepipeline zurückzuführen“ sei. Auch das finnische Militär hat die Idee verworfen, dass die Pipeline eine militärische Bedrohung sein könnte.<sup>10</sup>

### **Zusammenfassung**

Alles was um die NSGP herum politisch vor sich geht, ist ein gutes Beispiel dafür, wie Politik nicht gemacht werden sollte. Im Anfangsstadium fehlte es an Transparenz und Konsultationen. Das scheint jetzt besser zu werden, und es hat inzwischen schon viele formelle Konsultationen mit den Ostseeanrainern gegeben, wie es das Espoo-Übereinkommen verlangt. Diese Konsultationen fanden auf offizieller Ebene und auch mit vielen politischen Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft statt. In der Tat sind die Verpflichtungen des Espoo-Übereinkommens zu einem hohen Grad eine Gewähr für Transparenz. Auch Nord Stream selbst versucht, transparent zu sein, mit einer mehrsprachigen Website und Nachrichten über seine Angelegenheiten. Aber damit aus diesem eigentlich russisch-deutschen Vorhaben ein wirklich europäisches wird, bedarf es noch vieler Anstrengungen und einer ganzen Palette von Maßnahmen der Vertrauensbildung und Transparenz.

Die strategischen und sicherheitspolitischen Bedenken einiger Kreise sollten zwar nicht verworfen werden, aber es wäre unvernünftig zu argumentieren, dass das Projekt wegen hypothetischer Bedrohungen, die in der Zukunft liegen, gestoppt werden sollte. In Moskau wächst die Erkenntnis, dass Russlands Ruf als verlässlicher Energielieferant großen Schaden nehmen würde, wenn versucht würde, die NSGP für sicherheitspolitische Zwecke zu verwenden. Die EU strebt jetzt schon eine Diversifizierung ihrer Energielieferungen an und würde sehr genau hinschauen, wenn Russland versuchen würde, die NSGP für politische Zwecke zu nutzen.

---

<sup>8</sup> Schwedischer Rundfunk/Ekot, 13. Februar 2007, zu finden (auf schwedisch) unter <http://www.sr.se/cgi-bin/ekot/artikel.asp?Artikel=1198646>. Diese Worte hatten eine ganz andere Wirkung, als es sich der Botschafter vorgestellt haben dürfte, nämlich erboste Reaktionen der schwedischen Medien und Politiker, die die Erklärung des Botschafters als Drohung und Beleidigung interpretierten; dieser habe die Politiker vom Sicherheitsausschuss des Parlaments als „Idioten“ bezeichnet Beispiel: „Ambassadören: [Ordföranden av riksdagens förvarutskott Ulrica] Messing - en idiot, [“Botschafter: [Vorsitzender des Sicherheitsausschusses Ulrica] Messing – ein Idiot”] Ezpressen 15. Februar 2007, zu finden unter <http://www.expressen.se/1.558113>.

<sup>9</sup> „Nord Stream har inget att dölja“ [„Nord Stream hat nichts zu verbergen“] von Dirk Von Ameln, *Svenska Dagbladet* 4. Juni 2007, S. 5.

<sup>10</sup> Bericht des finnischen Parlaments, UaVM, 7/2007; Interview, finnisches Fernsehen, 5.12.07.

## **Anhang A: Unternehmensstruktur von Nord Stream**

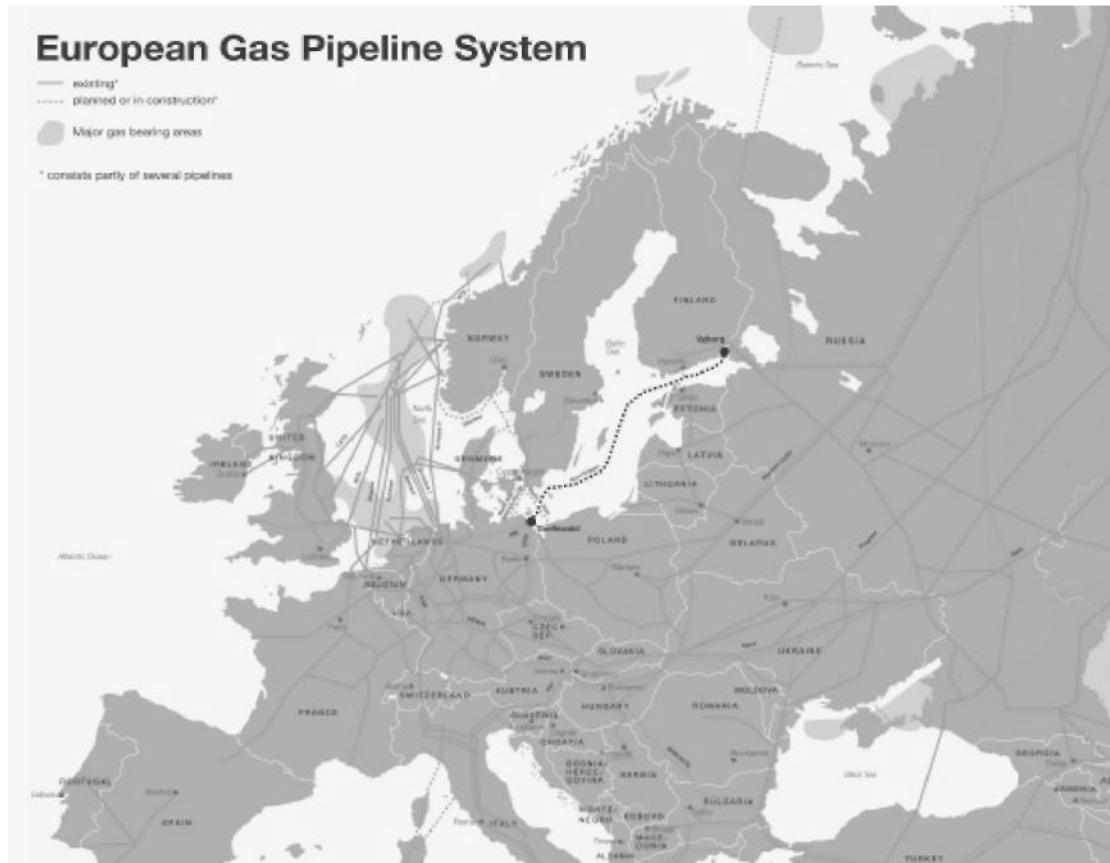
Das russisch-deutsche Gemeinschaftsunternehmen „Nord Stream AG“ wurde im Dezember 2005 gegründet. Es besteht aus folgenden Unternehmen:

- OAO Gazprom (51 %) <http://www.Gazprom.com/>
- E.ON Ruhrgas (20 %) <http://www.eon-ruhrgas.com>
- Wintershall AG/BASF AG (20 %) <http://www.wintershall.com>
- NV Nederlandse Gasunie (9%) <http://www.nvnederlandsegasunie.nl/>

### **Unternehmensführung von Nord Stream:**

- Aufsichtsgremium:
  - Aktionärsausschuss (Gazprom 4 Sitze, E.ON 2, Wintershall 2)
  - Vorsitzender: Gerhard Schröder
- Geschäftsführung:
  - Geschäftsführer: Matthias Warnig, Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank ZAO in der Russischen Föderation
- Hauptsitz: Zug, Schweiz. Niederlassung: Moskau

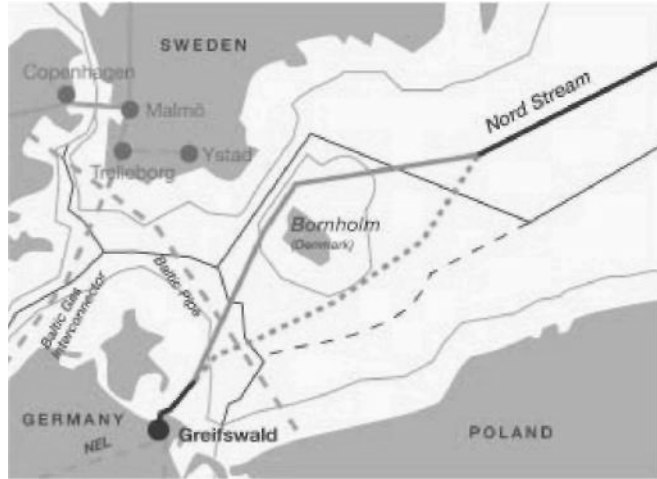
## Annex B: Nützliche Karten



### Geplante Trassenführung der Nord Stream-Pipeline



## Trassenverlauf um die Insel Bornholm



- Planned Nord Stream pipeline
- Optimised route
- .... Formerly planned route
- Pipeline of the European natural gas network
- - Pipeline planned or in construction
- Territorial border
- EEZ border
- - EEZ border (not official)